

ZUSAMMENFASSUNG

In diesem Memorandum wird der Begriff *Ressourcenpolitik* eingeführt. Mit seiner Hilfe sollen Machtverhältnisse analysiert und Strategien unterstützt werden, damit die Kontrolle über die Natur und die Art und Weise ihrer Nutzung geändert wird.

Mithilfe des Ansatzes der *Ressourcenpolitik* sollen aktuelle Konflikte um die Ressourcennutzung als komplexe Interaktionen zwischen der Natur und den Menschen, ihren Interessen, Machtverhältnissen und Kulturen in verschiedenen *Territorien* (auf lokaler, regionaler und globaler Ebene) betrachtet werden. Diese Perspektive zeigt Lösungen auf, die die Rechte von Menschen und die der Natur schützen. Sie stellt die Vorstellung von Natur als Ressource infrage und schafft so die Freiheit, über Transformationsstrategien nachzudenken.

Schlüsselfaktoren für Umweltbelastungen, Ungerechtigkeit und schrumpfende demokratische Spielräume sind:

1. Im derzeitigen Finanzkapitalismus gibt es einen tief verwurzelten Glauben an die Wirksamkeit und die Effizienz von Märkten zur Regulierung des wirtschaftlichen Austauschs zwischen Individuen und Nationen und an das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, den dominierenden Indikator wirtschaftlicher und politischer Leistungsfähigkeit. Dieser Glaube schafft institutionelle und mentale Infrastrukturen, die neue Instrumente für die Finanzialisierung der Natur hervorbringen und die Einhegung der verbleibenden Gemeingüter vorantreiben. Daraus entsteht ein forciertes Raubbau an den letzten Ressourcen.
2. Große Unternehmen (private oder im öffentlichen Besitz befindliche) sind gleichzeitig in verschiedenen Wirtschaftssektoren tätig und verdienen eine enorme Menge Geld, indem sie das gegenwärtige Ausbeutungsmodell unverändert bewahren. Diese Unternehmen werden zu groß und zu mächtig, um kontrolliert werden zu können. Tatsächlich sind sie wie manche internationale Bank «too big to fail» («zu groß, um sie scheitern zu lassen») – und deswegen meist auch zu groß für jegliche rechtsstaatliche Kontrolle («too big to jail», also «zu groß, um sie ins Gefängnis zu stecken»).
3. Das internationale Handels- und Investitionsrecht schützt große Investoren, jedoch nicht die Rechte der Menschen oder der Umwelt. Das «andere» globale Regime, das der Menschenrechte und des internationalen Umweltrechts unter dem Mandat der Vereinten Nationen, wird als «Soft Law» behandelt. Die wirtschaftlichen und politischen Eliten haben die Strukturen der ökonomischen «Governance» vereinnahmt, um ein weltweites Übereinkommen zu bewahren, das auf die weitere Ausbeutung von und den Handel mit Ressourcen setzt – den «commodity consensus».

Dieses Memorandum bietet eine neue Perspektive, die Demokratie, Ökologie und Menschenrechte untrennbar miteinander verknüpft. Es zeigt drei grundlegende Wege nach vorn, die die Richtung für eine faire und nachhaltige Ressourcenpolitik vorgeben können:

- (a) den Rechten von Menschen und der Natur Vorrang vor Märkten und Profiten geben und Menschen befähigen, ihre Rechte zu behaupten und einzufordern;
- (b) die Machtkonzentration stoppen und den Zugang zu sowie die Kontrolle über natürliche Ressourcen, Finanzkapital und Technologien wieder in die Hände der Menschen legen;
- (c) Produktion, Konsum und Lebensgrundlagen sozial-ökologisch gerecht machen.

Da Konflikte und Machtstrukturen sich je nach Land oder Ort unterscheiden, kann dieses Memorandum nur ein paar Ideen für den internationalen Kontext aufzeigen. Jede Region wird feststellen müssen, welcher Ansatz am besten geeignet ist, ihre spezifischen Herausforderungen anzupacken, und welche Allianzen für den gewählten Ansatz erforderlich sind.